



Mitgliederzeitung Februar 2018

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nach zähen Verhandlung steht der neue Koalitionsvertrag von Union und SPD. Ob es wirklich zu einer Neuauflage des Bündnisses kommt, hängt nun von unserem Mitgliedervotum ab.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, Ihr entscheidet, ob die SPD für die ausgehandelten Inhalte in eine Bundesregierung eintritt oder nicht. Ihr entscheidet über den Weg der Erneuerung unserer SPD. Die Abstimmungsunterlagen für das Mitgliedervotum werden in den kommenden Tagen an Euch verschickt. Der Parteivorstand hat als Datum für das Ende der Abstimmung den 2. März beschlossen. Damit Deine Stimme sicher zählt, solltest Du den Brief am besten schon bis zum 27. Februar in die Post geben. Über die Inhalte des Koalitionsvertrages könnt Ihr euch auf

<https://www.spd.de/koalitionsverhandlung/unserehandschrift/>

ein umfassendes Bild machen. Zudem möchten wir Euch als Distriktvorstand natürlich die Möglichkeit geben, am 15. Februar den Koalitionsvertrag und das bevorstehende Mitgliedervotum gemeinsam diskutieren und bewerten. Eine Kurzübersicht über die Beschlüsse des Koalitionsvertrages findest Du auf der Seite 2. Eines ist mir noch wichtig. Der Respekt gegenüber der anderen Meinung. Liebe Genossinnen und Genossen, sicherlich werden wir in den nächsten Wochen kontrovers über den Eintritt in eine Koalition oder ein Nein zu der angestrebten Koalition diskutieren. Wir erwarten, dass diese Diskussionen respektvoll geführt werden, denn jede Meinung hat ihren verdienten Platz. Selbst innerhalb des Vorstandes gibt es Meinungsunterschiede dazu. Jede/r hat das Recht auf seine Meinung und sollte diese offen in unserem Distrikt äußern dürfen. Uns allen geht es um unsere SPD und in dieser Zeit hat sicherlich niemand die Wahrheit auf seiner/ihrer Seite. Und wie das Mitgliedervotum auch ausgehen mag, es gibt keine Gewinner und Verlierer. Verlierer wären wir alle, wenn unsere Partei an dieser Frage zerbrechen sollte. Daher unsere große Bitte, lasst uns alle gemeinsam nach dem Mitgliedervotum weiter für eine Erneuerung sowohl inhaltlich und strukturell streiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich euch am 13. Februar zu unseren ordentlichen Organisationswahlen im BSV-Treff begrüßen zu dürfen und hoffe auf eine rege Beteiligung auf unserer ausserordentlichen Versammlung

begrüßen zu dürfen und hoffe auf eine rege Beteiligung auf unserer ausserordentlichen Versammlung am 15. Februar zum Thema „Koalitionsvertrag und Mitgliedervotum“ ebenfalls im BSV-Treff.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Ernst

Bramfeld-Süd wählt

~~da~~ geh ich hin!

Organisationswahlen SPD Bramfeld-Süd

Datum: 13. Februar 2018



**Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88
22179 Hamburg**

Uhrzeit: 19:30 Uhr

Bitte vergesst das Parteibuch nicht!

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 15. Februar 2018

Thema: Koalitionsvertrag und Mitgliedervotum



**Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88
22179 Hamburg**

Uhrzeit: 19:30 Uhr

Impressum:

**SPD Bramfeld-Süd
Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg**

**Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de**

**E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de**

**MITGLIEDER
VOTUM**
GEMEINSAM ENTSCHEIDEN.



Thema des Monats

Der Koalitionsvertrag

Was im Einzelnen beschlossen wurde:

Europa

Das erste Kapitel des Vertrags dreht sich um Europa. Die potentiellen Koalitionspartner erklären sich bereit, zusätzliche Haushaltsmittel auszugeben, um **langfristig** einen europäischen Investivhaushalt zu schaffen, der zu wirtschaftlicher Stabilisierung und sozialer Konvergenz beitragen soll. So soll zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpft werden. Außerdem will sich die Koalition für eine gerechtere Besteuerung von großen Internetunternehmen in Europa **einsetzen**.

Steuern und Finanzen

Neue Schulden wollen die potentiellen Koalitionspartner auch in den kommenden Jahren nicht machen. Steuern sollen gesenkt werden: Ab 2021 soll der Solidaritätszuschlag abgebaut werden. Dafür sollen in einem ersten Schritt zehn Milliarden Euro bereitgestellt werden. 90 Prozent aller bisherigen Zahler sollen dann keinen Soli mehr zahlen müssen. Anders als zunächst geplant werden im Koalitionsvertrag allerdings keine konkreten Einkommensgrenzen genannt, ab denen der Soli weiterhin zu zahlen ist. Da Geringverdiener, die kaum Steuern bezahlen, davon nicht profitieren, sollen sie bei den Sozialabgaben entlastet werden.

Die Ausgaben für all die neuen Vorhaben, die sicher umgesetzt werden sollen, summieren sich auf insgesamt auf zusätzliche 45,95 Milliarden Euro.

Gesundheit

Wir haben uns für eine Bürgerversicherung eingesetzt, die Unionsparteien lehnten das ab. Alternativ wollten wir die Ärzthonorare für privat und gesetzlich Versicherte angleichen. Auch das lehnten die Unionsparteien ab. Nun soll stattdessen eine Kommission eingesetzt werden, die Vorschläge für eine Reform der Arzthonorare erarbeiten soll. In einer neuen Koalition solle ein "modernes Vergütungssystem" geschaffen werden, "das den Versorgungsbedarf der Bevölkerung und den Stand des medizinischen Fortschritts abbildet", heißt es im Koalitionsvertrag.

Die wissenschaftliche Kommission soll ihre Vorschläge den Angaben zufolge bis Ende 2019 vorlegen. Vereinbart wurde zudem ein "Sofortprogramm", um die Leistungen und den Zugang zur Versorgung für gesetzlich Versicherte zu verbessern. Außerdem soll die medizinische Versorgung auf dem Land gestärkt werden.



Bei der Krankenversicherung wird die paritätische Finanzierung wieder eingeführt. Das heißt: Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden sich die Beiträge zur Krankenversicherung wieder teilen, bisher gab es einen Zusatzbeitrag, der nur von den Arbeitnehmern bezahlt werden musste.

Pflege

Mit einem Sofortprogramm sollen 8.000 zusätzliche Stellen in Pflegeheimen geschaffen werden. Die Bezahlung von Alten- und Krankenpflegern soll verbessert werden, indem Tarifverträge künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Außerdem soll der Mindestlohn in der Pflege in Ost und West künftig gleich hoch sein. Er beträgt im Westen derzeit 10,55 Euro.

Rente

Das Rentenniveau – also das Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittslohn – soll bis 2025 **gesetzlich** bei 48 Prozent stabilisiert werden. Nach bisherigen Prognosen ist mit einem Absinken allerdings ohnehin erst in den Jahren danach zu rechnen. Der Beitragssatz soll im selben Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen.

Für Menschen mit mindestens 35 Beitragsjahren soll es eine Grundrente geben. Sie soll zehn Prozent über der Grundsicherung liegen. Allerdings erfolgt eine Bedürfnisprüfung durch die Rentenversicherung. Die Finanzierung erfolgt aus der Rentenkasse und nicht aus Steuermitteln.

Durchsetzen konnte sich die CSU mit ihrer Forderung, die Mütterrente weiter auszubauen: Frauen, die vor 1992 mindestens drei Kinder bekommen haben, sollen künftig bei der Rentenberechnung ein drittes Erziehungsjahr angerechnet bekommen. Bisher sind es zwei. Erwerbsgeminderte werden bei der Rente bessergestellt. Die gesetzliche Rentenversicherung wird für Selbständige geöffnet.



Arbeitsmarkt

Bis zuletzt stritten die Koalitionspartner über die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen. Deren Dauer soll nun gesetzlich auf 18 statt bisher 24 Monate begrenzt werden. Allerdings ist die Befristung an die/den Arbeitnehmer/in gekoppelt und nicht an das Arbeitsverhältnis. Abhängig von der Unternehmensgröße solle zudem nur noch eine bestimmte Anzahl von Befristungen gestattet sein. Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten dürften nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristeten.

Für Betriebe mit mehr als 45 Mitarbeitern soll es ein Recht auf befristete Teilzeit geben, allerdings mit Einschränkungen. Arbeitnehmer sollen finanziell entlastet werden – der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte sinken. Angestellte, die in Betrieben mit mehr als 200 Angestellten arbeiten, erhalten ein Rückkehrrecht aus Teil- in Vollzeit. In Betrieben zwischen 45 und 200 Mitarbeitern gilt das nur für einen pro 15 Beschäftigte.

Familien

Das Kindergeld wird um 25 Euro im Monat erhöht, die Kinderfreibeträge steigen entsprechend. Beides war Teil des Wahlprogramms der Union. Für besonders bedürftige Kinder wird der Kinderzuschlag erhöht. Darauf haben wir bestanden.

Bildung

Rund elf Milliarden Euro sollen in den kommenden vier Jahren in Bildung und Forschung investiert werden. Schulen sollen eine bessere digitale Ausstattung bekommen und die Ganztagsbetreuung soll ausgebaut werden. Für Grundschulkinder soll es ab 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben. Damit der Bund die Länder dabei finanziell unterstützen kann, wird das bisher geltende Kooperationsverbot gelockert.

Bisher durfte der Bund Schulen nur in finanzschwachen Kommunen unterstützen, künftig soll das überall möglich sein. In Personal wird der Bund allerdings auch weiterhin nicht investieren dürfen. Die Ausgaben für Forschung sollen bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Geplant ist auch eine Bafög-Reform mit einem Umfang von einer Milliarde Euro.

Wohnen und Bauen

In den kommenden vier Jahren sollen 1,5 Millionen Wohnungen zusätzlich gebaut werden. Dies soll einerseits über eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowie über steuerliche Anreize für Bau-



herren erreicht werden. Durchgesetzt hat sich die Union mit ihrer Forderung nach einem Baukindergeld: Familien, die sich eine Immobilie kaufen, werden zehn Jahre lang mit 1.200 Euro pro Kind gefördert. Allerdings: Dies soll nur für Familien mit einem Einkommen bis 75.000 Euro gelten, wobei es pro Kind einen Freibetrag von 15.000 Euro geben soll.

Die Mietpreisbremse, eines unserer Herzensprojekte, soll wirksamer werden. Vermieter müssten demnach künftig die Vormiete einer Wohnung offenlegen, damit nachvollziehbar ist, ob die Mietsteigerung bei einer Neuvermietung nicht zu hoch ausfällt. Bei Modernisierungen soll der Eigentümer künftig nur noch acht statt elf Prozent der Kosten auf den Mieter umlegen dürfen.

Sicherheit

Die Sicherheitsbehörden sollen aufgestockt werden. Geplant wird mit 15.000 zusätzlichen Stellen (jeweils 7.500 im Bund und 7.500 in den Ländern). Die Befugnisse der Bundespolizei sollen gestärkt werden. Außerdem sollen 6.000 neue Stellen in der Justiz geschaffen werden. Mehr Personal, das war beiden Parteien besonders wichtig.

Die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen soll "verhältnismäßig" ausgebaut werden. Das gemeinsame Terrorabwehrzentrum soll gestärkt werden, ebenso das Bundesamt für Verfassungsschutz. Insgesamt wollen die Koalitionäre die IT-Strukturen und den Austausch von Daten zwischen den Bundesländern und auch europaweit verbessern.

Auch die in der vergangenen Legislaturperiode zwischen den Koalitionspartnern umstrittene Musterfeststellungsklage soll kommen. Mit ihr sollen Verbraucher in einer Art Sammelklage prüfen können, ob sie einen Rechtsanspruch auf etwas haben. Anders als bisher geplant soll die Klagebefugnis auf "festgelegte qualifizierte Einrichtungen" beschränkt werden.



Migration

Künftig soll die Zahl der jährlich neu nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und ihrer Familienangehörigen auf 220.000 begrenzt werden. Das Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte, also zum Beispiel Bürgerkriegsflüchtlinge, soll auf maximal 1.000 pro Monat begrenzt werden. Härtefälle können wie bisher zusätzlich berücksichtigt werden. Außerdem wollen Union und SPD mit einem Einwanderungsgesetz den Zuzug von qualifizierten ausländischen Fachkräften fördern. Dieser soll sich orientieren am "Bedarf unserer Volkswirtschaft, Qualifikation, Alter, Sprache sowie Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes". Zu diesem Zweck sollen bestehende Regelungen zusammengefasst und, wo nötig, verbessert werden. In Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit sollen Landesregierungen an der Vorrangprüfung festhalten dürfen, wonach ein gleich qualifizierter deutscher Bewerber ein Vorrangsrecht auf den offenen Arbeitsplatz hat.

Digitales

Künftig soll es überall schnelles Internet geben. Bis 2025 steht die Zusage den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen durch zu führen. Ab dann soll es auch einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet geben. Finanziert werden soll das über die Vergabe von UMTS- und 5G-Lizenzen. In allen Einrichtungen des Bundes und in Zügen und Bahnhöfen soll es kostenfreies WLAN geben. Auch die Verwaltung soll digitalisiert werden. Ab 2022 wird es demnach möglich sein, mit allen Ämtern online zu kommunizieren. Mit Zuschüssen für digitale Weiterbildung soll der Wandel in der Arbeitswelt abgedeckt werden.

Energie und Klima

Die deutschen Klimaziele für 2020 wurden aufgegeben. Um wenigstens die Ziele für 2030 einzuhalten, soll gesetzlich festgeschrieben werden, wie viel CO2 die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren in den kommenden Jahren einsparen müssen. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2030 auf 65 Prozent steigen. Der Ausstieg aus der Braunkohle soll mit einem 1,5 Milliarden schweren Fonds unterstützt werden, um den Strukturwandel in den betroffenen Regionen abzufedern.

Verteidigung und Entwicklungshilfe

Die potentiellen Koalitionspartner haben sich darauf geeinigt, sowohl für Verteidigung als auch für Entwicklungshilfe mehr Geld auszugeben. Von 2018 bis 2021 sollen zusätzliche Haushaltsspiel-



räume dazu genutzt werden, Verteidigungs- und Entwicklungshilfeausgaben zu erhöhen, und zwar im Verhältnis 1:1. Waffenlieferungen an Staaten, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, sollen gestoppt werden. Für bestehende Aufträge solle es jedoch "Vertrauensschutz" geben.



Ablauf Mitgliedervotum:

- **Ab. 06.02.** Vorstellung Koalitionsvertrag
- Dialog vor Ort/Regionalkonferenzen mit Mitgliedern der Verhandlungsgruppe
- Feb. evtl. NoGroKo-Veranstaltung in Hamburg
- **bis zum 20.02.** Die Abstimmungsunterlagen werden an alle Mitglieder versandt
- **20.02.** Start der Online-Abstimmung für Auslandsmitglieder
- **02.03.** Abstimmungsstichtag (Einsendeschluss)
Die Abstimmungsunterlagen müssen bis 24.00 Uhr im Postfach des Parteivorstands eingegangen sein.
- **04.03.** Auszählung und Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitgliedervotums